



## **Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement**

### **BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation Nr. 4 vom 25.4.2017**

---

#### *Inhalt*

#### **SCHWERPUNKT: RELIGION, EUROPÄISCHE ZIVILGESELLSCHAFT UND BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT**

- Liedhegener: Religion in der Zivilgesellschaft(sforschung)
- Appel: Plädoyer für ein neues Narrativ zu Religion und Zivilgesellschaft
- Hense: Gibt es einen Zusammenhang von Religion, europäischer Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement?
- Danz: Bedeutung der Religion für die Zivilgesellschaft
- OKR'in Hatzinger: Religion, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement
- Atmaca: Ehrenamt und Bürgersinn aus muslimischer Perspektive
- Deibl: Zur Rolle der Religionen in Europa
- Grill: Religionen und europäische Zivilgesellschaften

#### **EUROPÄISCHE ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG AKTUELL**

- Europäische Kommission will EBI überarbeiten
- EU-Geld für NGO: Transparenz und politische Vorgaben
- Ash: Kein Appeasement gegenüber Orban mehr
- Erasmus+ im Deutschen Bundestag
- Zivilgesellschaft und Vereinte Nationen: Bericht für Guterres

#### **INTERNATIONALE BETEILIGUNGSVERFAHREN**

- EBI zur Unionsbürgerschaft
- EBI zum Schutz nationaler Minderheiten und Sprachen

#### **AKTUELLES AUS DEM BBE UND VON EUROPÄISCHEN PARTNERN**

- Europäische Integrations-Konferenz des BBE: Freie Plätze
- Bürgerdialog: »Und jetzt, Europa? Wir müssen reden!« in Wiesbaden

#### **FACHDISKURS**

- Offene und geschlossene Räume der Zivilgesellschaft: Weltmonitor
- Weimarer-Dreieck-Preis 2017
- European Youth Culture Award
- Kulturhauptstadtforum 2025: Tagung
- Hinweis

## **SCHWERPUNKT: RELIGION, EUROPÄISCHE ZIVILGESELLSCHAFT UND BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT**

### **Liedhegener: Religion in der Zivilgesellschaft(sforschung)**

Der Ort der Religion in der Zivilgesellschaft(sforschung) ist das Thema des Beitrages von Prof. Dr. Antonius Liedhegener, Professor für Politik und Religion am Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik (ZRWP) an der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern. Er skizziert am Beispiel der Europäischen Union für ein differenziertes deskriptives Modell zu den Orten von (organisierter) Religion in modernen demokratischen Gesellschaften. Ziel ist es dabei auch, den nicht eindeutigen Zusammenhang von Religion und Zivilgesellschaft genauer zu bestimmen. Ein Fazit ist: »Normativ gewendet bedeutet dies, dass die zivilgesellschaftliche Verankerung und ein zivilgesellschaftliches Agieren von Religionsgemeinschaften und ihren Vertretern und Organisationen unbeschadet ihrer primären Zuordnung zum kulturell-religiösen Teilsystem höchst wünschenswert und förderungswürdig sind.«

[Beitrag von Prof. Dr. Antonius Liedhegener](#) (PDF, kB)

[nach oben](#)

### **Appel: Plädoyer für ein neues Narrativ zu Religion und Zivilgesellschaft**

Religion und Zivilgesellschaft in Europa ist das Thema des Beitrages von Prof. Dr. phil., Dr. theol. Kurt Appel, Professor für Theologische Grundlagenforschung und Leiter der interdisziplinären Forschungsplattform »Religion and Transformation in Contemporary Society« der Universität Wien. Dabei plädiert er für die Entfaltung eines neuen Narrativs. Ausgehend von bisherigen Narrativen zu Europa markiert er einige Leerstellen, etwa die Abwesenheit der Toten und die Vorherrschaft des Jetzt. Gegenwärtige Entwicklungen und Probleme lassen sich als Herausforderung für einen neuen Narrativ verstehen: »Heute geht es im Besonderen darum, die Stimmen der Migrant\*innen in diesem Raum zu hören und einen neuen Friedensnarrativ einer geteilten Öffentlichkeit von Menschen jüdisch-christlicher, säkularer und muslimischer Tradition zu formulieren. Dies schließt ein, dass die Zivilgesellschaft die Religionen, heute insbesondere den Islam, darin unterstützt, deren eigene Traditionen und deren affektiven Reichtum für dieses Projekt zu entfalten.«

[Beitrag von Prof. Dr. Kurt Appel](#) (PDF, 731 kB)

[nach oben](#)

## **Hense: Gibt es einen Zusammenhang von Religion, europäischer Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement?**

Die Frage nach einem Zusammenhang von Religion, europäischer Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement ist Thema des Beitrages von Prof. Dr. Ansgar Hense, Direktor des Instituts für Staatskirchenrecht der Diözesen Deutschlands und Leiter des Kanonistischen Instituts an der Universität Potsdam sowie apl. Professor an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Dabei widmet er sich konkret der Rolle, die die Religion bei der Konstitution einer europäischen Zivilgesellschaft hinsichtlich des bürgerschaftlichen Engagements spielen kann. Auf regionaler und nationaler Ebene tragen die christlichen Kirchen als »weltaktive Kirchen« in erheblicher Weise zu bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt bei – im Rahmen ihrer Einrichtungen, aber auch darüber hinaus. Allerdings ist das nicht einfach auf Europa übertragbar, da dieses nicht als vergrößerter Nationalstaat gedacht werden kann: »Vor diesem Hintergrund erscheinen die Rolle und die Relevanz der Religion hinsichtlich des bürgerschaftlichen Europa-Engagements als sehr offen. Konzeptionell dürften die möglichen Ziele keineswegs schon in allen Optionen und Facetten durchdacht sein.«

[Beitrag von Prof. Dr. Ansgar Hense](#) (PDF, 627 kB)

[nach oben](#)

## **Danz: Bedeutung der Religion für die Zivilgesellschaft**

Die Bedeutung der Religion für die Zivilgesellschaft ist Thema des Beitrages von Univ.-Prof. Dr. Christian Danz, Professor für Systematische Theologie A.B. und seit 2015 Mitglied im Projektausschuss des Projektes »Schelling – Edition und Archiv« der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Dabei stellt er die Frage nach der Religion und ihrer Bedeutung für die Zivilgesellschaft in den Kontext des Streites um Deutungsmacht und Deutungshoheit. Dieser ist für moderne, demokratische Gesellschaften geradezu konstitutiv, weil sie sich kulturell pluralisieren. Kritisch betrachtet er moralisierende Diskurse aus Kirchen und Religionsgemeinschaften, insofern damit umfassende Deutungsansprüche erhoben werden: »Von ihnen ist deshalb in der modernen Gesellschaft eine kritische Selbstbeschränkung ihrer selbst abverlangt. Das ist die Lehre, die aus der europäischen Religionsgeschichte zu ziehen ist, und nur so können die Religionen einen Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft leisten. Diese lebt von der wechselseitigen Anerkennung der Bürger und der Bildung einer reflexiven Individualität, die zum Umgang mit Unterschieden in der Lage ist. Einen solchen Umgang mit Andersheit und Differenzen einzuüben, ist die genuine Aufgabe der Religion in der Zivilgesellschaft.«

[Beitrag von Univ.-Prof. Dr. Christian Danz](#) (PDF, 393 kB)

[nach oben](#)

## **OKR'in Hatzinger: Religion, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement**

Das Verhältnis von Religion, europäischer Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement ist das Thema des Beitrages von OKR'in Katrin Hatzinger, Leiterin der EKD Vertretung in Brüssel und u.a. Geschäftsführerin der Arbeitsgruppe »EU-Politik und Gesetzgebung« der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK). Zum einen stellt sie den Beitrag von Kirchen in den aktuellen europapolitischen Debatten dar, zum Beispiel in der Form einer ökumenischen »European Christian Convention«. Zum anderen thematisiert sie den sogenannten »Kirchenartikel« im Lissabonner Vertrag und dessen Bedeutung für das Selbstverständnis und die Arbeitsweise der Europäischen Union. Bei allen Unterschieden auch in Sachfragen zwischen den Kirchen sieht sie diese in einer besonderen Verantwortung für Europa: »Um herauszufinden, wie das Europa der Zukunft aussehen kann, sind wie eingangs ausgeführt auch die Kirchen und Christinnen und Christen als aktiver Teil der Zivilgesellschaft gefordert, eine breite gesellschaftliche Debatte anzustoßen.«

[Beitrag von OKR'in Katrin Hatzinger](#) (PDF, 401 kB)

[nach oben](#)

## **Atmaca: Ehrenamt und Bürgersinn aus muslimischer Perspektive**

Ehrenamt und Bürgersinn aus muslimischer Perspektive sind die Themen des Beitrages von Nushin Atmaca, Islamwissenschaftlerin, Direktionsassistentin am Leibniz-Zentrum Moderner Orient in Berlin und Vorsitzende des Liberal-Islamischen Bundes (LIB). Auch anhand des eigenen Handelns zeigt sie rein innerweltliche und religiöse Motivlagen für Handeln auf und macht auf das Problem aufmerksam, dass in der aktuellen Diskussion diese Trennung gegenüber AkteurInnen mit muslimischen Hintergrund nicht selbstverständlich angenommen wird. Ihre Motivlagen für ein Mitwirken bei Amnesty International, im Stadtteil oder im LIB haben aber Kontexte mit unterschiedlich stark gefärbten Bezügen zu ihrer Religion. Beim LIB ist das ein starkes Motiv: »Unsere Perspektive – im Falle des Liberal-Islamischen Bundes ist es eine progressiv-muslimische – soll sichtbar werden, sowohl was »Islam-Themen« betrifft als auch bei Fragen ethischer Natur. Dabei geht es nicht darum, die eigene Meinung aufzudrängen, sondern eine auf religiösen Überzeugungen basierende Haltung zu artikulieren, die als Debattenbeitrag einer relevanten Minderheit zu verstehen ist: In einer liberalen und pluralen Zivilgesellschaft ist das eine Selbstverständlichkeit, die dennoch erst zur Normalität werden muss.«

[Beitrag von Nushin Atmaca](#) (PDF, 385 kB)

[nach oben](#)

## **Deibl: Zur Rolle der Religionen in Europa**

Die gegenwärtige und künftige Rolle der Religionen in Europa ist das Thema des Beitrages von Dr. Jakob Helmut Deibl, Post-Doc am Fachbereich »Theologische Grundlagenforschung« der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien und Mitarbeiter an der interfakultären Forschungsplattform »Religion and Transformation in Contemporary Society«. Die Rolle der Religionen in Europa, so seine These, wird durch neue Bündnisse und neue Fragen charakterisiert sein, die nur noch wenig mit einer überholten Dichotomie von Aufklärung und Religion zu tun haben: »Globale Herausforderungen wie Migration und Ökologie, aber auch Fragen wie Urbanisierung, Traditionsverluste und Virtualisierung stellen uns heute vor Schwierigkeiten, welche die Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlicher Überzeugungen verlangen.« Bündnisse und Konflikte werden entlang der Fragen, ob und wie man diese Fragen angehen will, entschieden: »Gräben werden in Zukunft, wie ich vermute, immer weniger zwischen den einzelnen Religionen bzw. zwischen religiösen und säkularen Bürgerinnen und Bürgern verlaufen, sondern die Religionen sowie die Zivilgesellschaft selbst durchziehen.«

[Beitrag von Dr. Jakob Helmut Deibl](#) (PDF, 619 kB)

[nach oben](#)

## **Grüll: Religionen und europäische Zivilgesellschaften**

Die Fragen, ob und inwiefern religiöse Organisationen Bindeglieder europäischer Zivilgesellschaften sind, sind Thema des Beitrages von Christoph Grüll, Doktorand an der Fakultät für Theologie und Religionswissenschaft der Universität Groningen. Dabei geht es um mehr als um die Verankerung der Kirchen und Religionsgemeinschaften im sogenannten Kirchenartikel der EU. Anhand der Flucht- und Migrationsthematik zeigt er, dass es gerade auch das Ineinandergreifen von lokaler und globaler Verankerung ist, die es religiösen Organisationen möglich macht, Staatsversagen zu kompensieren: »Konfrontiert mit dem großen humanitären Handlungsdruck in der aktuellen Krise präsentieren religiöse Organisationen Alternativen zu einer Logik, in der staatlich kalkulierte Maßstäbe den Ton angeben.«

[Beitrag von Christoph Grüll](#) (PDF, 389 kB)

[nach oben](#)

## **EUROPÄISCHE ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG AKTUELL**

### **Europäische Kommission will EBI überarbeiten**

Am 11. April 2017, dem Tag der europäischen Bürgerinitiative (EBI, englisch ECI), veranstaltete der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss eine Konferenz zur EBI in Brüssel: »ECI Day 2017: I Participate!«. Dort kündigte Frans Timmermans, Vize-Präsident der Europäischen Kommission, an, dass die Kommission vorhat, das Statut der EBI zeitnah zu überarbeiten. Zugleich stellte er einen Fahrplan dafür vor, der noch in diesem Jahr in einen Vorschlag münden soll. Zur Leitidee einer Reform erklärte er: »I want to make the ECI more accessible and citizen-friendly. I want the ECI to become a popular and living instrument, one that citizens are familiar with...« Die Europäische Bürgerinitiative ist mit dem Vertrag von Lissabon als Partizipationsinstrument auf europäischer Ebene eingeführt worden. Die Europa-Nachrichten des BBE berichten seit Jahren in der Rubrik Beteiligungsverfahren über neue Initiativen und auch insgesamt über Diskussionen zu den Problemen mit der EBI und zu Änderungsbedarfen.

[Konferenzseite mit Präsentationen](#)

[Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#)

[nach oben](#)

### **EU-Geld für NGO: Transparenz und politische Vorgaben**

Der deutsche EU-Abgeordnete Markus Pieper, MdEP (CDU), u.a. stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für konstitutionelle Fragen und stellvertretendes Mitglied im Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments, fordert die Kommission in einem Initiativantrag vom 16. März 2017 auf, mehr Transparenz bei der Vergabe von Mitteln an NGO herzustellen und zugleich politisches Wohlverhalten einzufordern. So soll das Parlament unter Punkt 6 folgendes tun: »rejects any funding of organisations which demonstrably disseminate untruths and/or whose objectives are contrary to the fundamental values of the European Union, democracy, human rights and/or strategic commercial and security-policy objectives of the European Union Institutions.« Er kritisiert, dass wenige NGO die meisten Gelder aus EU-Töpfen erhalten, wobei über 90 Prozent der EU-Fördermittel laut Bericht unter der Rubrik »Globales Europa« verteilt würden, die für EU-Entwicklungsgelder und Notfallhilfen an Drittstaaten gedacht sind. Magda Stoczkiewicz, Direktorin von Friends of the Earth, kritisiert den Verweis auf die »strategischen handels- und sicherheitspolitischen Ziele« der EU, denn allgemein sei die Tatsache, dass Regierungsbehörden die Zivilgesellschaft subventionierten, um sich mit Politik auseinanderzusetzen, genau das, »was Demokratien von Autokratien unterscheidet«. Uli Müller von Lobby Control stellt zu Piepers Plänen fest: »Der Antrag muss grundlegend überarbeitet und von seiner Anti-NGO-Stoßrichtung befreit werden.« Brüsseler Lobbyisten aus dem Wirtschaftsbereich unterstützen dagegen Pieper und

stellen dabei ab auf Geldentzug bei Falschinformationen und Fake-News durch NGOs.

[Antrag von Dr. Markus Pieper, MdEP](#) (PDF, 190 kB)

[Weitere Informationen bei euractiv](#)

[Weitere Informationen bei Lobby Control](#)

[Weitere Informationen auf der Homepage von Dr. Markus Pieper, MdEP](#)

[nach oben](#)

### **Ash: Kein Appeasement gegenüber Orban mehr**

Anlässlich des gezielten Angriffes der Orban-Regierung in Ungarn auf die Central European University (CEU) in Budapest, die von George Soros ins Leben gerufen worden war, fordert Timothy Garton Ash ein Ende der Beschwichtigungspolitik gegenüber dem ungarischen Regierungschef Victor Orban. Ironisch-freundliche Begrüßungen wie durch Kommissionschef Juncker (»hello dictator«) seien der Lage nicht mehr angemessen: »If Hungary's anti-liberal, nationalist prime minister, Viktor Orbán, persists in his attempts to close down the country's best and most independent university, and continues to erode liberal democracy in many other ways, then the EU's powerful grouping of centre-right parties must expel Orbán's party from its ranks.«

[Aufruf von Timothy Garton Ash](#)

[nach oben](#)

### **Erasmus+ im Deutschen Bundestag**

Am 31. März 2017 hatte sich der Deutsche Bundestag in 1. Lesung in zwei Anträgen mit dem EU-Bildungsprogramm »Erasmus Plus« befasst und sie entsprechend in die weitere Ausschussbefassung überwiesen. Dabei handelt es sich einerseits um einen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU und SPD (18/11726) und um einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen (18/11737). Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung befasst sich am 26. April 2017 in einem öffentlichen Fachgespräch mit dem Thema. Das zweistündige Fachgespräch wird live im Parlamentsfernsehen und im Internet übertragen. In beiden Anträgen geht es mit unterschiedlicher Fokussierung um eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung in Teilbereichen des Programms bzw. des Programms insgesamt. Aktuell liegen sieben Stellungnahmen für die Sitzung vor.

[Weitere Informationen zur Anhörung und Stellungnahmen](#)

[nach oben](#)

## **Zivilgesellschaft und Vereinte Nationen: Bericht für Guterres**

In einem gemeinsamen Bericht haben VertreterInnen aus der globalen Zivilgesellschaft Vorschläge für eine inklusivere Arbeit der Vereinten Nationen formuliert, die die Zivilgesellschaften mehr miteinbezieht: »Strengthening civil society engagement with the UN: Perspectives from across civil society highlighting areas for action by the UN Secretary-General«. Einleitend richten sie einen dringenden Appell an den neuen Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres. Organisiert wurde der Bericht von der United Nations Association - UK, der Friedrich-Ebert-Stiftung (New York Office), CIVICUS und Avaaz.

### [Weitere Informationen zum Bericht](#)

[Bericht: »Strengthening civil society engagement with the United Nations«](#) (PDF, 2,3 MB)

*[nach oben](#)*

## **INTERNATIONALE BETEILIGUNGSVERFAHREN**

### **EBI zur Unionsbürgerschaft**

Am 27. März 2017 wurde eine neue Europäische Bürgerinitiative zur Unionsbürgerschaft offiziell von der Kommission registriert (ECI(2017)000003), die eine Reaktion auf den Brexit darstellt: »Unionsbürgerschaft für die Europäerinnen und Europäer: In Vielfalt geeint trotz Bodenrecht und Abstammungsrecht«. Thema ist die Unionsbürgerschaft, die jede/r BürgerIn der Europäischen Union durch den Beitritt zur EU erworben hat und die als eine Eigenschaft getrennt von der nationalen Staatsangehörigkeit gilt. Deshalb könne diese personenbezogene Eigenschaft nicht einfach durch einen nationalen Austritt gegen den Willen der Betroffenen entzogen werden: »Emancipating Citizenship of the Union from Member State Nationality will allow UK nationals (at home and abroad) to keep their full and legally protected European citizenship (rather than any potential associate citizenship that may be proposed).« Ziel der EBI ist insofern eine generelle Klärung des Status der Unionsbürgerschaft im Unterschied zu nationalen Abstammungs- und Bodenrechten. Die Sammlung von Unterschriften läuft bis zum 27. März 2018.

### [EBI zur Unionsbürgerschaft](#)

*[nach oben](#)*



## **EBI zum Schutz nationaler Minderheiten und Sprachen**

Am 3. April 2017 wurde eine neue Europäische Bürgerinitiative zum Schutz für Angehörige nationaler Minderheiten und Sprachminderheiten offiziell von der Kommission registriert (ECI(2017)000004): »Minority SafePack – eine Million Unterschriften für die Vielfalt Europas«. Dieser Schutz soll verbessert sowie die kulturelle und sprachliche Vielfalt in der Union gestärkt werden. Dabei soll es um politische Maßnahmen in den Bereichen Regional- und Minderheitensprachen, Bildung und Kultur, Regionalpolitik, Partizipation, Gleichheit, audiovisuelle Mediendienste und andere mediale Inhalte sowie regionale (staatliche) Förderungen gehen. Die Sammlung von Unterschriften läuft bis zum 3. April 2018.

[EBI zum Schutz für Angehörige nationaler Minderheiten und Sprachminderheiten](#)

*[nach oben](#)*

## **AKTUELLES AUS DEM BBE UND VON EUROPÄISCHEN PARTNERN**

### **Europäische Integrations-Konferenz des BBE: Freie Plätze**

Das BBE lädt gemeinsam mit dem Europäischen Freiwilligenzentrum CEV herzlich zur Teilnahme an der europäischen Konferenz »The Contribution of Civil Society to the Integration of Refugees in Europe« am 4. und 5. Mai 2017 in der Kalkscheune Berlin ein. Am ersten Konferenztag werden zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte zur Integration Geflüchteter und MigrantInnen aus zahlreichen europäischen Ländern vorgestellt. Der zweite Tag widmet sich grenzüberschreitenden Kooperationsprojekten und der zentralen Frage, welche gemeinsamen Standpunkte die europäische Zivilgesellschaft zum Umgang mit den anhaltenden Fluchtbewegungen vertritt. Nicht zuletzt soll damit ein europäischer zivilgesellschaftlicher Diskurs über wertegebundene Ansätze und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Engagement für Geflüchtete angeregt werden. Anmeldungen zur Konferenz sind noch bis zum 29. April 2017 möglich.

[Programm](#) (PDF, 342 KB)

[Anmeldung](#)

[Weitere Informationen zur Konferenz](#)

*[nach oben](#)*

## **Bürgerdialog: »Und jetzt, Europa? Wir müssen reden!« in Wiesbaden**

Nach dem gelungenen Auftakt der neuen Bürgerdialogreihe »Und jetzt, Europa? Wir müssen reden!« in Bremen lädt die Europa-Union Deutschland (EUD) gemeinsam mit Partnerorganisationen ein, um – diesmal in Wiesbaden – mit PolitikerInnen und ExpertInnen über Erfahrungen, Erwartungen, Hoffnungen und Enttäuschungen auszutauschen. Wie wollen wir das Europa der Zukunft gestalten? Der Bürgerdialog findet am 27. April 2017 im Kurhaus Wiesbaden statt.

[Anmeldung](#)

[Programm](#) (PDF, 205 kB)

[Weitere Informationen auf Facebook](#)

Hashtag auf Twitter: [#eud\\_dialog](#)

[nach oben](#)

## **FACHDISKURS**

### **Offene und geschlossene Räume der Zivilgesellschaft: Weltmonitor**

Die Diskussion über schrumpfende Räume der Zivilgesellschaften auf der Erde und die zunehmende politische Repressionen von bürgergesellschaftlichen Strukturen durch selbstbezogen-autoritäre Machtinhaber, willkürliche Gewalt und Mord hat in den vergangenen Jahren zugenommen. CIVICUS hat am 4. April 2017 einen weltweiten Monitor der Lage der Zivilgesellschaften in den Staaten der Erde vorgelegt und dabei fünf unterschiedliche Stufen der Offenheit bzw. vollständigen Repression zivilgesellschaftlicher Räume unterschieden. Sowohl als farbige Karte als auch als zusammenfassende Beschreibung sind die Befunde bedrückend: »Of the 195 countries rated on the CIVICUS Monitor, civic space is closed in 20 countries, repressed in 35, obstructed in 51, narrowed in 63 and open in just 26.« Danach leben lediglich 3 Prozent der Weltbevölkerung in Staaten mit offenen zivilgesellschaftlichen Aktivitätsräumen, darunter die Bevölkerungen in Neuseeland, Skandinavien und Deutschland, Portugal, Island und Irland – während 8 Prozent in Staaten mit vollständig unterdrückten zivilgesellschaftlichen Handlungsoptionen leben. Insgesamt 6 Milliarden Menschen leben in Staaten mit massiver Einschränkung und Unterdrückung zivilgesellschaftlicher Aktivität (Kategorien closed, repressed und obstructed).

[CIVICUS Monitor April 2017](#) (PDF, 2,1 MB)

[nach oben](#)

## **Weimarer-Dreieck-Preis 2017**

Noch bis zum 30. April 2017 ist es möglich, sich online oder per Post für den »Weimarer-Dreieck-Preis 2017 für zivilgesellschaftliches Engagement im Jugendbereich« zu bewerben. Bei diesem Preis des Vereins Weimarer Dreieck e.V. und des Oberbürgermeisters der Stadt Weimar geht es um herausragende trilaterale Aktivitäten französischer, polnischer und deutscher Partner zur Verbreitung der Ideen des Weimarer Dreiecks, insbesondere unter Kindern und Jugendlichen. Gewürdigt wird zivilgesellschaftliches Engagement junger Menschen im Sinne des Weimarer Dreiecks, das auf die Stärkung der Beziehungen zwischen Deutschland, Frankreich und Polen abzielt. Dieses Engagement kann innerhalb und außerhalb von Vereinen und Institutionen stattfinden. Die Auszeichnung besteht aus einer Urkunde, einer Erinnerungsskulptur und einem Preisgeld in Höhe von 2.000 Euro. In der Regel wird der Preis am 29. August 2017 öffentlich verliehen.

[Weitere Informationen über den Weimarer-Dreieck-Preis 2017](#)

[\*nach oben\*](#)

## **European Youth Culture Award**

Mit dem European Youth Culture Award sollen die Vielfalt und Veränderungskraft der Jugend und Jugendkulturen, ihre wichtigen Beiträge für eine tolerante, offene Gesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement Jugendlicher für eine bessere Zukunft sichtbar gemacht werden. Eingereichte Beiträge müssen sich mit der Jugend bzw. Jugendkulturen befassen. Jugendliche nehmen im Beitrag eine aktive Rolle ein, sind aktiv beteiligt, werden befragt etc. »Mit der Jugend – nicht über die Jugend« gilt als Grundsatz. Der Preis wird in unterschiedlichen Kategorien verliehen. Die Jury bilden Reyhan Sahin alias Lady Bitch Ray (Rapperin und Post-Doc Universität Hamburg), Tobias Rapp (Musikjournalist Der Spiegel), Sookee (Rapperin), Prof. Dr. Ahmet Toprak (Fachhochschule Dortmund), Prof. Dr. Susanne Binas-Preisendörfer (Universität Oldenburg), Dimitri Hegemann (Kulturmanager im Underground) und Shermin Langhoff (Intendantin des Maxim-Gorki-Theaters). Einreichungsfrist ist der 31. Mai 2017. Die Nominierten werden am 12. August, dem Tag der Jugend bekanntgegeben. Preisverleihung ist der 1. September 2017. Inwieweit dabei auch Geldpreise verliehen werden können, hängt noch vom erfolgreichen Fundraising der Stiftung »Respekt! Die Stiftung« ab.

[Weitere Informationen zum European Youth Culture Award](#)

[\*nach oben\*](#)

## Kulturhauptstadtforum 2025: Tagung

Am 22. und 23. Juni 2017 findet unter dem Titel »Kulturhauptstadtforum: Auf dem Weg zur Kulturhauptstadt 2025« ein Forum des Instituts für Kulturpolitik der Universität Hildesheim in Kooperation mit der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. statt. Das Institut für Kulturpolitik begleitet die Entwicklung europäischer Kulturpolitik seit Jahren und hat in seinen bisherigen Forschungen mehrfach das Programm »Europäische Kulturhauptstadt« untersucht. Mit dem Forum möchte das Institut dazu beitragen, den Austausch und die Vernetzung derjenigen deutschen Städte zu fördern, die sich als »Europäische Kulturhauptstadt 2025« bewerben werden bzw. eine Bewerbung erwägen. Im Vordergrund des Forums stehen die Aspekte der Nachhaltigkeit, der Partizipation und die europaweite Modellhaftigkeit der kulturpolitischen Konzepte.

### [Weitere Informationen und Anmeldung](#)

*[nach oben](#)*

## Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 30. Mai 2017.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an  
E-Mail: [europa-bbe@b-b-e.de](mailto:europa-bbe@b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die PDF-Dokumente der Beiträge im Schwerpunkt des Newsletters werden möglichst barrierearm gestaltet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im Europa-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Rainer Sprengel, Mirko Schwärzel und Nino Kavelashvili.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

[www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)

V.i.S.d.P.: Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: [ansgar.klein@b-b-e.de](mailto:ansgar.klein@b-b-e.de)

[nach oben](#)

Hinweis

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend